Gibt es ein „Grundrecht auf Migration“?

Auf der Seite „Fragmentarisches, um die Offenheit der politischen Landesgrenzen gegen Angriffe von rechts zu verteidigen“ steht der Satz : „Migration ist ein positives Grundrecht, das aus linker Sicht unbedingt verteidigt werden muss: frei dort hingehen zu können, wo man sein möchte.“

Wo soll dieses Grundrecht stehen? Im Grundgesetz steht es im Katalog der Grundrecht in den Artikeln 1- 19 nicht, auch nicht in internationalen Abkommen.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es in Artikel 13:

(1) Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.

(2) Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Es gibt demnach gerade nicht das Recht von jedem Land der eigenen Wahl aufgenommen zu werden, weil das Recht auf Freizügigkeit immer nur innerhalb eines Landes gilt.

Es gibt auch kein Staat dieser Erde, der unbegrenzt Migranten aufnimmt. Jeder Staat behält sich das Recht vor, die Migration zu regulieren.

In Deutschland findet häufig eine unregulierte Migration im Rahmen der Aufnahme von Flüchtlingen statt. Das Asylrecht im engeren Sinne spielt hierbei kaum eine Rolle, weil es nach Art. 16 a des Grundgesetzes auf die wenigen Fälle begrenzt ist, die nicht aus sicheren Drittstaaten kommen. Da Deutschland aber von diesen sicheren Drittstaaten umgeben ist, betrifft das dann praktisch nur diejenigen, die mit gefälschten Papieren mit dem Flugzeug gekommen sind.

Im Art 16a des Grundgesetzes gibt es aber noch den Absatz 5, der den rechtlichen Vorrang völkerrechtlicher Verträge der EU normiert. Dazu gehört u.a. auch das Dubliner Abkommen. Nach dessen Artikel 3 wird das Verfahren zur Überprüfung des Schutzgesuches zunächst einmal in dem Mitgliedstaat eingeleitet, in dem sich die Asylsuchenden melden. Hieraus folgt: Erst wenn in diesem Prüfungsverfahren entschieden worden ist, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, kann nach dem Dublin-Verfahren in das zuständige Land der EU abgeschoben werden, vorher nicht.

Deshalb ist auch das, was Merz fordert, ein Zurückweisen an der Grenze vor Abschluss dieses Vorprüfungsverfahrens zum Asylgesuch rechtlich gar nicht möglich. Es wäre ein illegales „push back“. Wenn die betreffenden Schutzsuchenden dann innerhalb von sechs Monaten nicht in das zuständige Land verbracht worden sind, entsteht nach dem Dubliner Abkommen eine sekundäre Zuständigkeit der deutschen Behörden.

Auf der Seite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kann man für 2024 die Zahlen nachlesen, um die es geht. (Das Bundesamt 2024 Asyl S. 38 Tabelle 1-10): Insgesamt gab es 301.350 Asylanträge, davon

- als asylberechtigt anerkannt: 0,7 Prozent (das hängt damit zusammen, dass nur politisch Verfolgte, die mit dem Flugzeug kommen sind)
- als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt: 12,5 Prozent (das sind politisch Verfolgte! Sie haben den gleichen Rechtsstatus wie Asylberechtigte)

- als subsidiär Schutzberechtigte anerkannt: 24,9 Prozent (das sind hauptsächlich Bürgerkriegsflüchtlinge - vorwiegend aus Syrien)
 - Schutzberechtigte nach § 60 Abs. 5 und 7 AufhG: 6,9 Prozent (Fälle, bei denen individuell eine besondere Gefahrenlage festgestellt wurde)
 - abgelehnte Fälle: 30,5 Prozent
 - als unzulässig abgelehnte Fälle: 25,1 Prozent (das sind Fälle, wo festgestellt wurde, dass ein anderes Land des Dubliner Abkommens zuständig ist, sog "Dublin-Fälle").
- Hinzu kommen dann noch die Flüchtlinge aus der Ukraine, die unabhängig vom Asylverfahren hier Aufnahme finden, insgesamt etwas mehr als eine Million.

Wenn man – wie Die Linke – in ihrem Parteiprogramm „offene Grenzen für alle Menschen“ fordert und in ihrem Bundestagswahlprogramm unbegrenzt über „Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus“ (S.53) schreibt und zugleich die Forderung erhebt, „dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten.“ (S.52), dann spielt das Ergebnis eines Asylverfahrens keine Rolle mehr, weil alle, die irgendwie nach Deutschland gekommen sind, dann ja auch hier bleiben dürfen. Das ist dann die unregulierte Migration unter dem Dach des Asylverfahrens, die ja häufig kritisiert wird.

Ralf Krämer und Andreas Grünwald fordern in der Online-Ausgabe der Wochenzeitung „Freitag“ vom 07.03.25 „eine konsistente Strategie, welche sowohl sozialpolitisch als auch migrationspolitisch überzeugt und die zudem über die Friedensfrage auch die Fluchtursachen zum Thema macht.“ Zu einer humanitären Flüchtlingspolitik gehört deshalb auch eine aktive Friedenspolitik, jedenfalls keine Politik, die Kriege in anderen Ländern mit immer mehr Waffenlieferungen befeuert und verlängert – wie es gegenwärtig immer noch im Fall der Ukraine geschieht.

Eine solche Strategie muss bei der Frage der Migration Wege aufzeichnen, wie die sozialen Interessen der heimischen Bevölkerung mit denen, die aus berechtigten Gründen zu uns kommen, und natürlich auch denen, die wir als Zuwanderer hier benötigen, in ein ausgewogenes Verhältnis bringt. Deshalb muss Migration reguliert werden. Es müssen Mechanismen gefunden werden, die politisch Verfolgte, Kriegsflüchtlinge und solche, die aus dringenden humanitären Gründen ein Bleiberecht erhalten sollten, von denen unterscheidet, die aus den Mittelschichten der Entwicklungsländer kommen und sich bei uns bessere Erwerbsbedingungen erhoffen, die aber nicht unbegrenzt aufgenommen werden können.

Hans-Henning Adler